

## Teil A: Verfahrensbedingungen

A. Auftragsgegenstand, Auftraggeber, externe Unterstützung .....	2
B. Vergabeverfahrensart.....	2
C. Vergabeunterlagen .....	2
D. Ablauf und Fristen des Vergabeverfahrens.....	4
E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung.....	4
F. Verfahrenssprache .....	5
G. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit.....	5
H. Datenschutz während des Vergabeverfahrens .....	6
I. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit.....	6
J. Elektronische Abgabe von Angeboten.....	6
K. Eignungskriterien, Nachweise.....	7
L. Nachunternehmer.....	7
M. Eignungsleihe .....	8
N. Bietergemeinschaften.....	8
O. Anforderungen an die Angebote .....	8
P. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen.....	9
Q. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss .....	9
R. Verpflichtung zur Ortsbesichtigung .....	9
S. Kosten der Verfahrensteilnahme .....	10

## A. Auftragsgegenstand, Auftraggeber, externe Unterstützung

Der AZV Abfallwirtschafts-Zweckverband Landkreis Hersfeld-Rotenburg beabsichtigt die Erweiterung der Basisabdichtung der Deponie „Am Mittelrück“ um den sogenannten 4. Bauabschnitt (BA 4). Der BA 4 soll in 3 Teilabschnitten (auch „Betriebsabschnitte“ genannt) hergestellt und in Betrieb genommen werden. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind die Bauleistungen für die Betriebsabschnitte 4.1 und 4.2. Die Vergabe der Bauleistungen des BA 4.3 erfolgt zu einem gesonderten Zeitpunkt und ist nicht Gegenstand dieses Vergabeverfahrens.

Auftraggeber im Rahmen dieses Vergabeverfahrens ist der AZV Abfallwirtschafts-Zweckverband Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Kleine Industriestraße 6, 36251 Bad Hersfeld.

Der Auftraggeber wird von der DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Podbielskistraße 344, 30655 Hannover, im Rahmen des Vergabeverfahrens unterstützt. Alle von Bietern<sup>1</sup> eingereichten Unterlagen werden deshalb neben Beschäftigten des Auftraggebers auch den Mitarbeitern der Rechtsanwalts-gesellschaft zugänglich gemacht. Die Mitarbeiter unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bietern und hinsichtlich der Inhalte der Angebote von Berufs wegen einer umfassenden Verschwiegenheitspflicht.

## B. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als EU-weites Offenes Verfahren gemäß § 119 Abs. 3 GWB und § 3 EU Nr. 1 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A (VOB/A) durchgeführt.

Es besteht **keine Möglichkeit**, über den Inhalt der Leistungsbeschreibung und des Vertrags mit dem Auftraggeber **zu verhandeln**. Der Auftraggeber weist daher **auf die Notwendigkeit hin, bei Unklarheiten oder Widersprüchen Bieterfragen zu stellen (vgl. G.)** und so dem Auftraggeber die Möglichkeit zu geben, ggf. notwendige Änderungen in den Vergabeunterlagen vorzunehmen.

## C. Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt für das Vergabeverfahren die folgenden Unterlagen zur Verfügung (Änderungen und Ergänzungen im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

- Teil A: Verfahrensbedingungen, mit folgenden Anlagen:
  - o Anlage A01: Eignungskriterien
  - o Anlage A02: Informationen zum Datenschutz

---

<sup>1</sup> Genderhinweis: Zur besseren Lesbarkeit wird ausschließlich das generische Maskulinum verwendet. Der Auftraggeber schließt damit alle Geschlechter gleichberechtigt ein.

## Baumaßnahme Basisabdichtung BA 4.1 und 4.2.

- Teil B: Leistungsbeschreibung, mit folgenden Anlagen:
  - Anlage 1: Leistungsverzeichnis inkl. GAEB-kompatible Angebotsaufforderungsdatei („d83“) mit dem Leistungsverzeichnis
  - Anlage 2: Qualitätsmanagementplan
  - Anlage 3: Bauzeitenplan
  - Anlage 4: Luftbild Gesamtdeponie
  - Anlage 5: Geotechnischer Bericht
  - Anlage 6: Eignungsnachweis Dichtungsmaterial
  - Anlage 7: Bescheid Kampfmittelräumdienst
  - Anlage 8: SiGe-Plan
  - Anlage 9: Statik Sickerwasserrohr
  - Anlage 10: Genehmigungsbescheid vom 11.01.2012
  - Anlage 11: Entwässerungsplan mit Rückbauskizze
  - Anlage 12: Bodenschutzkonzept
  - Anlage 13: Sicherheitsregeln für Arbeiten in der Nähe von Freileitungen
  - Anlage 14: Auszug aus Genehmigungsbescheid vom 27.03.2026
- Teil C Vertragsunterlagen, bestehend aus folgenden Unterlagen:
  - C01: Besondere Vertragsbedingungen (Formblatt 214)
  - C02: Weitere Besondere Vertragsbedingungen zu Formblatt 214
  - C03: Weitere Besondere Vertragsbedingungen (WBV) Hessen
- Teil D: Angebotsschreiben, mit folgenden Anlagen:
  - Anlage D01: Referenzblatt
  - Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis
  - Anlage D03: Verpflichtungserklärung
  - Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung
  - Anlage D05: Protokoll der Ortsbesichtigung (gesondertes Dokument)
  - Anlage D06: Leistungsverzeichnis, GAEB-Datei (gesondertes Dokument)

Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen. Bestehen nach Auffassung eines Unternehmens in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können.

Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat das Unternehmen den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die be-

treffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt. Unternehmen sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Dateien zu öffnen sind.

#### **D. Ablauf und Fristen des Vergabeverfahrens**

Der Schlusstermin für den Eingang der Angebote (**Angebotsfrist**) richtet sich nach den Angaben **in der Auftragsbekanntmachung**. Fragen innerhalb der Angebotsphase (siehe dazu G.) sind bis spätestens **acht Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 12a EU Abs. 3 VOB/A beantworten kann.

Bieter sind bis zum Ablauf des **in der Auftragsbekanntmachung** genannten Tages (**Bindefrist**) an ihr Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich bei Bedarf vor, Bieter um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist zu bitten.

Nach Abschluss der Angebotswertung wird der Auftraggeber entsprechend § 134 Abs. 1 GWB die Bieter informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (Vorabmitteilung) und nach Ablauf der gesetzlichen **Wartefrist** gemäß § 134 Abs. 2 GWB den Zuschlag erteilen.

#### **E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung**

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bietern sowie die Einreichung von Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die Vergabeplattform sind für Bieter vollständig kostenfrei.

Zur Nutzung der Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich HTML- und Javascript-konforme Standardtechnologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet. Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Um sicherzustellen, dass alle Unternehmen automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten des Auftraggebers auf Fragen erhalten, sollten

Unternehmen sich auf der Vergabeplattform für das Vergabeverfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Unternehmen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail-Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

**Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Bieterbereich der Vergabeplattform ggf. rechtserhebliche Nachrichten des Auftraggebers eingehen können, die mit Einstellung in das Postfach auf der Vergabeplattform im rechtlichen Sinne zugegangen sind.**

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt ohne erfolgte Registrierung beim Unternehmen.** Die Registrierung für die Vergabeplattform ist für Bieter vollständig kostenfrei.

#### **F. Verfahrenssprache**

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen den Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Alle Angebotsbestandteile sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

#### **G. Unklarheiten, Fragen, Rügeobliegenheit**

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der vom Auftraggeber genutzten Vergabeplattform gestellt werden und werden im Rahmen von Rundschreiben über die Vergabeplattform anonymisiert beantwortet. **Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.**

Unternehmen haben den Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann. Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Auftragsgegenstand sind von etwaigen Rügen deutlich zu trennen.

Erkennt ein am Auftrag interessiertes Unternehmen einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, ist dies innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis gegenüber

dem Auftraggeber zu rügen. Unabhängig hiervon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen ebenfalls innerhalb dieser Frist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. **Wird gegen diese Obliegenheiten verstoßen, ist ein Antrag auf Nachprüfung gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB unzulässig.**

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Unternehmens mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann hiergegen ein Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer gestellt werden. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

#### **H. Datenschutz während des Vergabeverfahrens**

Die von Bietern gegebenenfalls im Verlauf des Vergabeverfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklären sich Bieter hiermit einverstanden. Soweit Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (Mitarbeiter, Nachunternehmer, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, Referenzgeber usw.) übermitteln, sind diese für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A02**.

#### **I. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit**

Sämtliche vom Auftraggeber im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer und sonstige Dritte.

#### **J. Elektronische Abgabe von Angeboten**

Für die Abgabe der Angebote sind **ausschließlich** die Unterlagen in **Teil D** der Vergabeunterlagen sowie die dort benannten Unterlagen zu verwenden. Bitte verzichten Sie darauf, über die an dieser Stelle geforderten Anlagen und Nachweise hinaus weitere Unterlagen beizufügen.

Die Abgabe erfolgt grundsätzlich über die von DTVP bereitgestellte **webbasierte Angebotsabgabe**, die eine vollständig browserbasierte Übermittlung der Unterlagen ermöglicht. Die webbasierte Angebotsabgabe wird unmittelbar im jeweiligen Projektraum gestartet. Die Bieter laden die geforderten Dokumente in der vorgegebenen Struktur hoch und schließen die Abgabe durch elektronische Übermittlung über das System ab. Nach Abgabe erhalten sie ein **elektronisches Abgabeprotokoll**, das die erfolgreiche Übermittlung dokumentiert. Der Projektraum ermöglicht zudem die Einsicht in abgegebene, zurückgezogene oder fehlerhaft übermittelte Angebote.

**Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt.** Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der **vollständige, technisch erfolgreiche Upload über die Vergabeplattform**. Der Eingang wird durch die Plattform mit einem **elektronischen Zeitstempel** dokumentiert. Sofern ein verspäteter Eingang nachweislich auf Umstände zurückzuführen ist, die das Unternehmen nicht zu vertreten hat, kann ein dennoch verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden; die Darlegungs- und Beweislast liegt beim Unternehmen.

Neben der webbasierten Angebotsabgabe besteht für Unternehmen weiterhin die Möglichkeit, Angebote über das bisherige, lokal zu installierende **Bietertool** einzureichen. Hierzu werden die Projektdateien aus dem Projektraum heruntergeladen und in der Desktop-Anwendung geöffnet. Die Übermittlung der Angebotsunterlagen erfolgt in diesem Fall mittels Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zwischen dem Rechner des Unternehmens und der Vergabestelle. Auch bei Nutzung des Bietertools wird der fristgerechte Eingang durch ein elektronisches Abgabeprotokoll bestätigt.

Die Vergabeplattform gewährleistet eine durchgängige Verschlüsselung sowie eine fristgerechte und manipulationssichere Übermittlung der elektronischen Angebote und Teilnahmeanträge.

## K. Eignungskriterien, Nachweise

Der Auftraggeber wird die Eignung der Bieter im Sinne von § 122 GWB, § 6a EU VOB/A anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Kriterien prüfen. Die Kriterien, sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A01** dargestellt. In den Angebotsunterlagen (**Teil D** der Vergabeunterlagen) befinden sich die von Bietern abzugebenden Formblätter und Erklärungsvordrucke.

## L. Nachunternehmer

Bieter haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (**Teil D, Anlage C02**) zu erklären, ob und welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen und falls möglich, die Namen der vorgesehenen Nachunternehmer anzugeben. **Die Anlage D02 ist auch dann abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.** Bieter, deren Angebote in



Baumaßnahme Basisabdichtung BA 4.1 und 4.2.

die engere Wahl kommen, sind auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, vor Zuschlagserteilung ihre vorgesehenen Nachunternehmer namentlich zu benennen und für diese Nachunternehmer jeweils Eignungsnachweise vorzulegen.

### **M. Eignungsleihe**

Sollte ein Bieter die erforderliche Eignung für die ausgeschriebene Leistung nur dadurch nachweisen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er bei Abgabe des Angebots seine Verfügung über die Ressourcen des anderen Unternehmens sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe bei diesem mittels einer Verpflichtungserklärung (**Teil D, Anlage C03**) nachzuweisen.

Ein Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Für den Fall einer Eignungsleihe im Bereich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit wird für den Auftragsfall eine gemeinsame Haftung von Bieter und verleihendem Unternehmen verlangt.

### **N. Bietergemeinschaften**

Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebotsformblatt abgegeben werden. Der Name der Bietergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe Angebotsschreiben in **Teil D** der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist mit dem Angebot die Bietergemeinschaftserklärung (**Anlage D04**) in von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben.

Änderungen der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft im laufenden Vergabeverfahren sind **unzulässig** und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.

### **O. Anforderungen an die Angebote**

Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Die Formblätter in **Teil D** der Vergabeunterlagen sind zu verwenden. Der Auftraggeber wird von Bietern unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 16a EU Abs. 1 VOB/A solche Unterlagen nachfordern, die der Nachforderung unterliegen. Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs. nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden gemäß § 16a EU Abs. 5 VOB/A vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.



Baumaßnahme Basisabdichtung BA 4.1 und 4.2.

Allgemeine Geschäfts-/Vertragsbedingungen der Bieter werden **nicht** akzeptiert. Werden solche vom Bieter beigelegt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen. Das gleiche gilt für Angebote, die unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden unmissverständlich erkennen lassen (§ 11 EU Abs. 4 VOB/A).

#### **P. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen**

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform möglich. Das gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.

#### **Q. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss**

Der Auftraggeber wird das wirtschaftlichste Angebot im Sinne von § 127 GWB alleine nach dem Angebotspreis gemäß des vom Bieter ausgefüllten Leistungsverzeichnisses (Anlage D05) ermitteln. Das wirtschaftlichste Angebot ist das mit dem geringsten Angebotspreis.

Mit der Zuschlagserteilung kommt ein **rechtswirksamer Vertrag** zustande; die Vergabeunterlagen werden in sämtlichen Bestandteilen **verbindlicher Vertragsinhalt**. Eine etwaige nach Zuschlagserteilung erfolgende Vertragsunterzeichnung hat lediglich **deklaratorische Bedeutung** und dient ausschließlich der Dokumentation der durch den Zuschlag begründeten vertraglichen Regelungen.

#### **R. Verpflichtung zur Ortsbesichtigung**

Jedes Unternehmen, das ein Angebot abgeben will, **muss** während der Angebotsfrist eine Ortsbesichtigung auf dem Gelände des Entsorgungszentrums Hersfeld-Rotenburg / Deponie „Am Mittelrück“ des AZV Hersfeld-Rotenburg durchführen.

**Angebote, denen keine Ortsbesichtigung vorausgegangen ist, werden nicht berücksichtigt. Zum Nachweis der Besichtigung ist mit dem Angebot ein unterzeichnetes Besichtigungsprotokoll (Anlage D05) einzureichen.**

Die Termine für die Ortsbesichtigung sind ausschließlich zu den Öffnungszeiten des Entsorgungszentrums möglich. Sie sind mindestens 48 Stunden im Voraus mitzuteilen und mit folgendem Ansprechpartner abzustimmen:

Jan-Niclas Heß  
Stellv. Geschäftsführer Entsorgungszentrum



Baumaßnahme Basisabdichtung BA 4.1 und 4.2.

Tel.: 06621 799 540 10

Mobil: 0171 5502131

E-Mail: [jan-niclas.hess@azv-hef-rof.de](mailto:jan-niclas.hess@azv-hef-rof.de)

oder

Jörg Gossmann

Geschäftsführer

Tel.: 06621 9237 11

Mobil: 0170 4549317

E-Mail: [joerg.gossmann@azv-hef-rof.de](mailto:joerg.gossmann@azv-hef-rof.de)

### **S. Kosten der Verfahrensteilnahme**

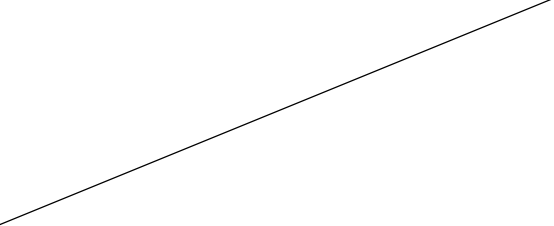
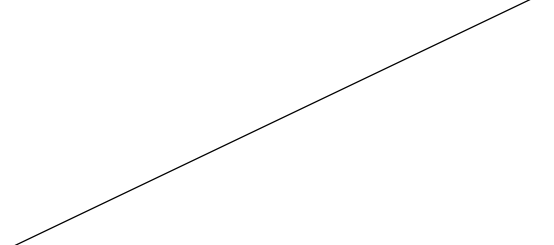
Für die Teilnahme an der Ausschreibung und die Erstellung des Angebotes werden keine Kosten erstattet.

## Anlage A01: Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bieter anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in den Angebotsunterlagen (**Teil D der Vergabeunterlagen**).

#	Kriterium	Mindestanforderung
1	<b>Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung</b> Unterlagen und Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung.	Mit dem Angebot sind folgende Unterlagen einzureichen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gewerbeanmeldung,</li> <li>- Handelsregisterauszug,</li> <li>- Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) oder bei der Industrie- und Handelskammer,</li> <li>- aktuelle (gültige) Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist,</li> <li>- aktuelle (gültige) Bescheinigung der Krankenkasse über die ordnungsgemäße Abführung der Sozialversicherungsbeiträge,</li> <li>- aktuelle (gültige) Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG,</li> <li>- aktuelle (gültige) qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers.</li> </ul>
2	<b>Jahresumsatz</b> Eigenerklärung über den Umsatz des Bieters in den Jahren 2023 bis 2025 (insgesamt und aus vergleichbaren Bauleistungen). Der Auftraggeber behält sich vor, zum Nachweis der Richtigkeit der Angaben ergänzende Unterlagen anzufordern, z. B. (testierte) Jahresabschlüsse oder Bestätigungen eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters.	

Baumaßnahme Basisabdichtung BA 4.1 und 4.2.

3	<b>Haftpflichtversicherung</b> Eigenerklärung zum Bestehen bzw. der Bereitschaft zum Abschluss einer branchenüblichen Betriebshaftpflichtversicherung.	Deckungssumme für Personen- und Sachschäden und Vermögensschäden (inkl. Umweltschäden) je Schadensfall mindestens 7,5 Mio. EUR. Diese Deckungssummen müssen pro Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.
4	<b>Referenzleistungen</b> Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Nachfrage bei den als Referenz genannten Auftraggebern zu überprüfen.	<p><b>Es sind mindestens drei vergleichbare Referenzleistungen über vergleichbare frühere Aufträge der letzten fünf Jahre vorzulegen, die alle folgenden Merkmale aufweisen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Neubau und/oder Umbau einer Maßnahme mit vergleichbarem baulichen Anforderungsprofil.</li> <li>- Bauvolumen des Referenzobjektes mind. 3 Mio. EUR (netto).</li> <li>- Fläche der Baumaßnahme größer als 20.000 m².</li> </ul> <p>Mindestens eine Referenz muss überdies die Errichtung/Herstellung einer vergleichbaren Basisabdichtung mit Kunststoffdichtungsbahn und mit mineralischer Dichtung beinhalten.</p>
5	<b>Personalstand</b> Eigenerklärung zum Personalstand im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2023 bis 2025, gegliedert nach Lohngruppen einschließlich des gesondert auszuweisenden technischen Leitungspersonals.	
6	<b>Projektleitung, Bauleitung</b> Eigenerklärung zum vorgesehenen Projektleiter und stellv. Projektleiter, Bauleiter und stellv. Bauleiter unter Angabe von Name, beruflicher Qualifikation und Berufserfahrung in Jahren.	Die als Projektleiter und stellv. Projektleiter, Bauleiter und stellv. Bauleiter vorgesehenen Personen müssen jeweils mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in vergleichbaren Projekten nachweisen können.
7	<b>Technische Ausrüstung</b> Eigenerklärung über die für die Ausführung der zu vergebenden Leistung zur Verfügung stehende technische Ausrüstung.	

Baumaßnahme Basisabdichtung BA 4.1 und 4.2.

8	<b>Angaben zum Nachunternehmereinsatz</b> Eigenerklärung dazu, ob und ggf. welche Leistungen an Nachunternehmer übertragen werden sollen.	
9	<b>Gesetzliche Ausschlussgründe</b> Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB. Der Nachweis ist nach Aufforderung des Auftraggebers auch durch die einzusetzenden Nachunternehmer zu erbringen.	
10	<b>Erklärung zu § 4 HVTG</b> Eigenerklärung zur Einhaltung von Mindestlohnstandards nach § 4 HVTG.  Die Eigenerklärung ist auf Verlangen des Auftraggebers auch von den Nachunternehmern vorzulegen.	
11	<b>Eigenerklärung zum fehlenden Russlandbezug der Leistungen</b> Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.	

## **Anlage A02: Informationen zum Datenschutz**

### **A. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen**

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens durch den AZV Abfallwirtschafts-Zweckverband Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Kleine Industriestraße 6, 36251 Bad Hersfeld, Telefon +49 6621 92370, E-Mail [info@azv-hef-rof.de](mailto:info@azv-hef-rof.de). Den externen Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen erreichen Sie über folgende Kontaktdaten:

Datenschutzberatung Moers GmbH  
Neue Straße 22  
34369 Hofgeismar  
E-Mail: [azv-hef-rof@dsb-moers.de](mailto:azv-hef-rof@dsb-moers.de)

### **B. Datenerfassung**

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Teilnahmeantrag oder Angebot genannten Daten des Bewerbers/Bieters, seiner Mitarbeiter sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner eines Referenzgebers) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (zum Beispiel Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

### **C. Übermittlung an Dritte**

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Baumaßnahme Basisabdichtung BA 4.1 und 4.2.

Der Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

#### **D. Betroffenenrechte**

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der Betroffene diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;
- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;



## Baumaßnahme Basisabdichtung BA 4.1 und 4.2.

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Verantwortlichen zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

### **E. Widerspruchsrecht**

Sofern personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den Verantwortlichen.